

## Marion Breiter Un-Equal Pay und Armutsgefährdung von Frauen in Österreich

Wie nationale Berichte der Wohlfahrtsverbände und Sozialprojekte, aber auch europäische Dokumentationen belegen, stellen Frauen in allen armutsgefährdeten Risikogruppen die Mehrheit der Betroffenen dar: Erwerbslose, Menschen mit Behinderungen, die Gruppe der „working poor“ (Erwerbstätige mit einem Einkommen unterhalb der Existenzsicherung), Alleinerziehende, Jugendliche, MigrantInnen, Flüchtlinge, Menschen in der Lebensmitte und Alte.

Die aktuelle Armutsgrenze in Österreich liegt bei 785,- Euro.<sup>1</sup> Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Pro-Kopf-Einkommen bei unter 60% des österreichischen Medianeinkommens liegt. Für einen Einpersonenhaushalt entspricht das dem monatlichen Nettobetrag von 785,- Euro, weitere im Haushalt lebende Personen werden „gewichtet“ hinzugezählt.<sup>2</sup>

Obdachlose und bettelnde Menschen sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Armut ist im allgemeinen still und verschämt und besonders häufig weiblich.

Laut AK-Frauenbericht<sup>3</sup> waren in Österreich 1999 und 2003 Frauen und Männer folgendermaßen von Armut betroffen:

|                                | 1999           | 2003           |
|--------------------------------|----------------|----------------|
| <b>Armutsgefährdung</b>        | 880.000        | 1.044.000      |
| Männer                         | 340.000        | 473.000        |
| <i>Frauen</i>                  | <i>500.000</i> | <i>571.000</i> |
| <b>Akute/verfestigte Armut</b> | 310.000        | 467.000        |
| Männer                         | 110.000        | -              |
| <i>Frauen</i>                  | <i>200.000</i> | -              |

Nach außen hin wird besonders von den betroffenen Frauen meist der Anschein „ordentlicher“ Lebensführung gewahrt, real aber sind Arme in unserer Gesellschaft vom sozialen Leben (Weiterbildung, kulturelle Veranstaltungen, Kino, Besuch öffentlicher Lokale, Einladungen, Urlaub ....) weitgehend ausgeschlossen, isoliert, verzweifelt und kaum in der Lage, sich aus dieser Situation zu befreien. Ein Leben in Armut bedeutet permanenten Stress. Unerwartete Ereignisse und Notfälle- wie etwa zusätzliche Rezeptgebühren oder auch Reparaturen - z. B. eine undichte Wasserleitung oder eine defekte Waschmaschine - können zu einem kaum bewältigbaren Problem werden. Die Gefahr einer Delogierung aufgrund von Miet-Rückständen ist ständig präsent. Soziale Kontakte werden stark eingeschränkt, da

<sup>1</sup> Statistik Austria (Hrsg.): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SIL C 2003 in Österreich. 2005

<sup>2</sup> Die Armutsschwelle in Österreich wird festgelegt bei 60% des gewichteten Medianeinkommens.

Lt. Sozialbericht des BMSG (2003) gelten folgende Beträge als Armutsschwelle:

Einpersonenhaushalt: 785,- Euro

1 Erwachsene/r, ein Kind: 1.021,- Euro

1 Erwachsene/r, zwei Kinder: 1.257,- Euro

2 Erwachsene: 1.178,- Euro

2 Erwachsene, 1 Kind: 1.414,- Euro

2 Erwachsene, 2 Kinder: 1.649,- Euro

Aus: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2004). Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003.

<sup>3</sup> AK-Frauenbericht 1995-2005. Wien 2006, S. 43

das Geld nicht dazu reicht, Einladungen auszusprechen. Armut macht abhängig, isoliert, fördert Depressionen und behindert gesundheitsfördernde Aktivitäten. Meist empfinden Betroffene ihre Situation als selbst verschuldet und schämen sich dafür.

Die übermäßigen Risiken von Frauen, zu verarmen und arm zu bleiben, sind jedoch nur selten auf persönliches Versagen zurückzuführen, sondern vor allem auf gesellschaftliche Klischees und entsprechende Strukturen, die dazu führen, dass nach wie vor Equal Pay nicht verwirklicht ist, sondern dass Frauen trotz Gleichbehandlungsgesetzen für gleichwertige Arbeit weniger Geld bekommen als Männer und einer höheren Armutsgefährdung ausgesetzt sind sowie häufiger in akuter bzw. verfestigter Armut leben.

### **Zu den Hauptursachen für die Armutsgefährdung von Frauen zählen folgende Faktoren:**

- **Frauen werden arm, weil sie die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit tragen: Haushalts-, Beziehungs-, Kinderbetreuungs-, Pflege- und Familienarbeit.**

Einer der Haupt-Faktoren der Armutsübertragung und -gefährdung ist die unfaire Aufteilung der unbezahlten Arbeit innerhalb der Familie. Das führt dazu, dass die Arbeitsbelastung von Frauen wesentlich höher ist als die von Männern. Laut AK-Frauenbericht<sup>4</sup> arbeiten Frauen im Durchschnitt 45,2 Std. pro Woche, Männer dagegen nur 35,1 Std. Etwa 2/3 der wöchentlichen Gesamtarbeit von Frauen ist jedoch unbezahlt, vor allem Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung. Männer dagegen verwenden weniger als 1/5 ihrer Gesamtarbeit für diese unbezahlten Tätigkeiten, sie konzentrieren sich auf bezahlte Berufsarbeit.

Gleichstellungsexpertinnen mehrerer Fokusgruppen, die im Rahmen des EU-Projektes KLARA!<sup>5</sup> durchgeführt wurden, sehen in dieser unfairen Aufteilung das Hauptproblem für Einkommensdifferenz und Armutsgefährdung von Frauen.

- **Rollenstereotype und Mutterbild in Österreich wirken armutsgefährdend für Frauen.**

Die Grundlage für diese unfaire Arbeitsteilung bildet das traditionelle österreichische Mutterbild, das sich wesentlich von dem in anderen EU-Ländern wie etwa Frankreich oder skandinavische Ländern unterscheidet: in Österreich sollen Kinder am besten gar nicht merken, dass ihre Mütter berufstätig sind. Daher sollten Mütter höchstens Teilzeit arbeiten oder überhaupt in den ersten Jahren bei den Kindern zu Hause bleiben. Frauen werden dadurch als Zuverdienerinnen gesehen, Männer dagegen als Familienerhalter. Dieses Modell hält sich hartnäckig, obwohl Scheidungszahlen eindrucksvoll belegen, dass es für immer weniger Menschen zutrifft. Denn in Österreich wird inzwischen fast jede zweite Ehe geschieden<sup>6</sup>. Im Jahr 2000 waren laut einer Studie der AK über die Situation von Alleinerziehenden in Wien 20%, in

---

<sup>4</sup> AK Frauenbericht S. 65

<sup>5</sup> KLARA! Netzwerk für Gendergleichstellung und Equal Pay am Arbeitsmarkt. [www.netzwerk-frauenberatung.at/klara](http://www.netzwerk-frauenberatung.at/klara)

<sup>6</sup> 2005 wurden in Österreich 46,4% aller Ehen geschieden, in Wien sogar 63,3%. Quelle: Statistik Austria

Gesamtösterreich 17% aller Familien Teilfamilien, d.h. „einzelne, mit Kindern lebende Elternteile“, fast 90% dieser Elternteile sind Frauen.<sup>7</sup>

Mit diesen Stereotypen in Zusammenhang steht auch der Mangel an außerfamiliärer, staatlich organisierter Kinderbetreuung, welche die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit und damit auch eine verstärkte Erwerbstätigkeit von Frauen ermöglichen könnten. Vor allem für Kinder unter 3 Jahren gibt es in Österreich viel zu wenig gute, flexible und leistbare Kindergartenplätze. Häufig schließen die Kindergärten zu Mittag oder am frühen Nachmittag, mitunter gibt es keine warme Mittagsmahlzeit. Ohne willige und kompetente Großeltern mit Zeitwohlstand ist Kinderbetreuung und Vollzeit-Berufsarbeit unter diesen Umständen kaum unter einen Hut zu bekommen. Eine Ausnahme bildet Wien - hier gibt es zumindest für 3-6jährige genügend Kindergartenplätze.<sup>8</sup>

In der Schulzeit setzt sich die Problematik jedoch fort: wenn Kinder in die Volksschule kommen, reduzieren viele Mütter, die seit dem 3. Geburtstag ihres Kindes wieder Vollzeit gearbeitet haben, erneut ihre Arbeitszeit. Denn in Österreich gibt es kaum Ganztagschulen und zu wenig qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung.

Fazit: Vielen Frauen - besonders am Land - bleibt aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten, eines schlechten öffentlichen Verkehrsnetzes und mangelnder Weiterbildungsmöglichkeiten gar nichts anderes übrig, als zu Hause bei den Kindern zu bleiben. Die Tatsache, dass es derzeit für 3 Jahre Kinderbetreuungsgeld gibt - das fast ausschließlich von Müttern genutzt wird<sup>9</sup> -, fördert den beruflichen Teil-Ausstieg von Frauen zusätzlich.

Darüber hinaus fördern die bestehenden Steuervorteile für AlleinverdienerInnen die Nicht-Erwerbstätigkeit oder Teilzeitarbeit von Frauen. Paare, die ihre Arbeit eher egalitär teilen, werden steuerlich benachteiligt.

Frauen finden jedoch nach einigen Jahren Berufspause nur schwer wieder einen gut bezahlten Job, der auch ihren Qualifikationen entspricht. Wenn sie Teilzeit arbeiten, werden sie ebenfalls benachteiligt. Denn in allen Wirtschaftsbereichen sind die Stundenlöhne von Teilzeitkräften geringer als die von Vollzeitbeschäftigten.<sup>10</sup> Teilzeitkräfte haben schlechtere Aufstiegschancen, weniger Zugang zu Fortbildungen, und oft gelingt ihnen der Umstieg zu Vollzeitarbeit nicht, obwohl sie diese anstreben.

Die Benachteiligung von Teilzeitkräften ist ebenfalls ein österreichisches Phänomen. Da mittlerweile 39% der Frauen in Österreich Teilzeit arbeiten, sind sie davon massiv betroffen.

Die Folge dieser Mangelscheinungen und Probleme ist, dass Alleinerzieherinnen, Mütter mehrerer Kinder sowie Familien, in denen nur der Mann einer Erwerbsarbeit nachgeht, ebenso wie alleinstehende ältere Frauen zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen in Österreich gehören.

---

<sup>7</sup> Amesberger/ Dimitz/ Finder/ Schiffbänker/ Wetzl: Alleinerzieherinnen in Wien. Studie der Arbeiterkammer Wien. Wien 2001, S.12f

<sup>8</sup> AK-Frauenbericht, S. 54f

<sup>9</sup> Der Anteil an Vätern, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, liegt bei 3%: AK Frauenbericht, S. 10

<sup>10</sup> AK-Frauenbericht, S. 8

Alleinerzieherinnen bilden sogar trotz hoher Erwerbsbeteiligung eine der am stärksten armutsgefährdeten Gruppen: Working poor - arm trotz Arbeit – das trifft ganz besonders für sie zu. Beinahe jede 3. Person – 31% - war 2003 in einem Alleinerzieherinnen-Haushalt armutsgefährdet. Neben dem Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen ist daran auch die Benachteiligung von Frauen und von Teilzeitbeschäftigten am Arbeitsmarkt verantwortlich sowie die geringe Zahlungsmoral der Ex-Partner und Kindesväter.

- **Frauen werden arm, weil sie am Arbeitsmarkt benachteiligt werden und weniger verdienen als Männer.**

In Österreich lag der Durchschnittsverdienst von Frauen 2004 nur bei ca. 59% (Angestellte) bzw. 62% (Arbeiterinnen) des entsprechenden Durchschnittsgehaltes von Männern.<sup>11</sup> Dies ist keineswegs nur auf das höhere Ausmaß von Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Laut Rechnungshofbericht haben Frauen 2003 selbst bei gleichen Arbeitszeiten noch immer um 21,1% weniger verdient als ihre männlichen Kollegen. Das beginnt schon bei den Mädchen: so erhielten weibliche Lehrlinge um 31,6% weniger Lehrlingsentschädigung als männliche Lehrlinge.

Im AK-Frauenbericht wird die Einkommensdifferenz drastisch auf den Punkt gebracht: „Jeder vierte Mann verdient mehr als 90% der Frauen“.<sup>12</sup>

Nach Angaben der Europäischen Kommission erhielten etwa 1997 33% aller voll- und hauptberufstätigen Frauen Löhne unterhalb der Schwelle dessen, was als „gerechter Lohn“ gilt. „Gerecht im Sinne der Europäischen Kommission sind Löhne, die oberhalb der 68%-Marge des nationalen Durchschnittslohnes‘ liegen“.<sup>13</sup>

**Die wichtigsten Gründe für die Einkommensnachteile von Frauen sind:**

- diskriminierende betriebliche Einstellungs- und Personalpolitik,
- Unterbezahlung bereits beim beruflichen Einstieg
- Lohndiskriminierung vor allem bei Zulagen sowie bei der Anrechnung von Vordienstzeiten und Bewertung von Qualifikationen
- Abdrängung in (unfreiwillige) Teilzeitarbeit und schlechter gestellte Beschäftigungsverhältnisse
- Schlechterbezahlung und Abwertung von typischen Frauentätigkeiten sowie von frauendominierten Branchen: Arbeiterinnen in Niedriglohnbranchen mit hohem Frauenanteil wie etwa der Textil-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie, sowie Friseurinnen und Floristinnen gehören deshalb häufig zu den „working poor“.
- Mangel an Lohntransparenz in Betrieben
- die „gläserne Decke“, an die Frauen beim beruflichen Aufstieg stoßen
- die „Zahnlosigkeit“ der Gleichbehandlungsgesetze

- **Frauen werden arm, weil sie keine „normale“, d.h. männliche Erwerbsbiografie haben und häufiger arbeitslos werden.**

---

<sup>11</sup> AK-Frauenbericht, S. 28

<sup>12</sup> AK-Frauenbericht, S. 29

<sup>13</sup> KONTRASTE, September 1997

Frauen werden durch die lohn- und beitragsorientierten Sicherungssysteme diskriminiert, da diese auf sogenannte „normale“, das heißt männliche Arbeitsverhältnisse zugeschnitten sind. Eine ausreichende Absicherung im Alter, bei Krankheit und Erwerbslosigkeit ist nur bei durchgehender Vollzeitbeschäftigung und durchschnittlichem Einkommen gewährleistet. Die von Frauen erbrachten Erziehungs- und Pflegeleistungen werden dagegen gar nicht oder nur unzureichend angerechnet.

Entsprechend niedriger ist das Einkommen von Frauen in Form von Arbeitslosenunterstützung, Notstandshilfe (diese ist abhängig vom Einkommen des Partners), Krankengeld, Pension etc.

Dabei ist gerade die Arbeitslosigkeit von Frauen in den letzten Jahren besonders angestiegen, etwa von Juli 2004 bis Juli 2005 um 6,3%. Die Arbeitslosigkeit von Männern dagegen stieg in diesem Zeitraum nur um 3,8%.<sup>14</sup>

Hinzu kommt, dass Frauen häufig keine Notstandshilfe erhalten, weil ihr Partner zu viel verdient. Denn bei der Notstandshilfe gilt nach wie vor nicht das Individualprinzip, sondern die Auszahlung hängt vom Einkommen des Partners ab, mit dem jemand im gemeinsamen Haushalt lebt. 86% der Personen, die wegen dieser Regelung keine Notstandshilfe erhalten, sind Frauen.

LUZIA - eine Studie über arbeitsmarktferne Frauen mit Behinderungen - ergab, dass fast alle Interviewpartnerinnen, die Notstandshilfe bezogen, sich mit ihrem Bezug trotz Partnereinkommen unter der Armutsgrenze befanden: Dazu ein Zitat<sup>15</sup> :

*„Mein Mann hat 832,- Euro Pension und deswegen bekomme ich so wenig Notstandshilfe. Er hat um einige Euro zuviel Pension, deswegen bekomme ich nur 48,- Euro monatlich.“*

Bei Frauen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten bewirkt das niedrige Erwerbseinkommen auch entsprechend niedrige soziale Absicherung durch Arbeitslosenunterstützung oder Berufsunfähigkeitspension, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage sind, einen „normalen“ Vollzeitjob auszufüllen. Sie befinden sich oft in verzweifelter finanzieller Situation. Die meisten der 30 Interviewpartnerinnen der Studie LUZIA<sup>16</sup> leben in Armut. Bezogen auf die Armutsschwelle in Österreich leben 18 von ihnen unterhalb, 7 knapp oberhalb und nur 5 außerhalb der Armutsschwelle. Viele könnten nicht von ihrem eigenen Einkommen leben und sind von dem ihres Partners oder von Angehörigen abhängig.

In der Pension kumulieren die Nachteile des Erwerbsmusters von Frauen, das durch Berufsunterbrechungen, Phasen der Teilzeitarbeit, geringere Aufstiegschancen und niedrigere Einkommen gekennzeichnet ist. Als Folge davon leben alte Frauen besonders häufig in Armut: ca. 80% der über 65jährigen SozialhilfeempfängerInnen sind weiblich. Die mittlere Alterspension einer Österreicherin betrug 1995-2005 nur ca. 47-56% der durchschnittlichen Männerpension<sup>17</sup>.

---

<sup>14</sup> Grüner Frauenbericht 2005, S. 28

<sup>15</sup> Witt-Löw/ Breiter: LUZIA- Studie zur Lebenssituation arbeitsmarktferner Frauen mit Behinderung in Wien. Unveröffentlichte Studie, S. 59. Wien 2006. Kurzfassung: [www.institut-sofia.at](http://www.institut-sofia.at)

<sup>16</sup> ebendort

<sup>17</sup> AK-Frauenbericht S. 38



Das Fazit formuliert die Wiener Sozialexpertin Karin Heitzmann: „Arbeitslose Frauen, Frauen in Aus- und Weiterbildung und Frauen im Ruhestand weisen um eine 39% bis 46% höhere Armutsbetroffenheit auf als ihre männlichen Kollegen.“<sup>18</sup>

- **Frauen werden arm aufgrund der neoliberalen Wirtschafts- und Sparpolitik und der Deregulierung des Arbeitsmarktes.**

Die neoliberale Wirtschaftspolitik der letzten Jahre trug – u.a. durch steuerliche Begünstigung von Wohlhabenden - dazu bei, dass das Budget für Einrichtungen des Sozialstaats und für den öffentlichen Dienst immer geringer wird. Aufgrund der daraus resultierenden Sparmaßnahmen entstehen Sicherungslücken und Verschlechterungen des sozialen Netzes, die Frauen überproportional betreffen (einerseits weil sie durchschnittlich über niedrigere Einkommen verfügen als Männer und andererseits weil sie wie oben beschrieben den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisten):

z.B. Einschränkung der realen aktiven Arbeitsmarktpolitik, Mangel an Kinderbetreuungsplätzen, Einsparung von kommunalen Pflegediensten, Schließung von Krankenhäusern, Verkürzung von Krankenhausaufenthalten (die Pflege von rekonvaleszenten Familienmitgliedern wird dadurch in die Familie, d.h. zu Frauen hin verlagert), Verschlechterung bzw. Verteuerung des öffentlichen Nahverkehrsnetzes, Kürzungen bei frauenspezifischen Sozialprojekten, Einführung von Studiengebühren (es ist zu befürchten, dass in Mehr-Kinder-Familien demnächst wieder hauptsächlich die Söhne studieren werden), Erhöhung von Selbstbehalten im Gesundheitssystem etc.

Im öffentlichen Dienst erfahren Frauen zwar weniger Einkommensdiskriminierung als im Privatsektor - aber gerade hier herrscht seit mehreren Jahren Aufnahmestopp bzw. Personalabbau.

Die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten hat zur zunehmenden Abdrängung von Frauen in unfreiwillige, keineswegs familienfreundliche Teilzeitbeschäftigungen am Abend und am Samstag geführt. 39% der Frauen arbeiten inzwischen in Teilzeitjobs, die nicht existenzsichernd sind<sup>19</sup>.

Prekäre Arbeitsverhältnisse – sozial schlecht abgesicherte Werkverträge, freie Dienstnehmerinnen-Verträge und befristete Arbeitsverträge - werden immer stärker an Frauen vergeben. Durch die Befristung von Arbeitsverträgen sparen Unternehmen Kündigungskosten, erhöhen die Konkurrenz und vermindern den Einfluss des Betriebsrats. Immer mehr Frauen sind geringfügig beschäftigt und werden dafür meist noch geringfügiger bezahlt. Die Beschäftigungsquote von Frauen steigt lediglich im Bereich dieser prekären Arbeitsverhältnisse.

Überproportional viele Frauen gehören zu den „Working poor“. So geht aus einem Bericht der CARITAS hervor, dass 2004 65% der KlientInnen der österreichischen

---

<sup>18</sup> Karin Heitzmann: Frauenarmut in Österreich. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Armutspopulation. In: Karin Heitzmann/Angela Schmidt (Hg.): Wege aus der Frauenarmut. Frankfurt 2004, S. 68

<sup>19</sup> AK Frauenbericht, S. 7. Österreich liegt hier deutlich über dem EU-Schnitt von 31%.

Caritas-Sozialberatungsstellen, die trotz Arbeit von Armut betroffen waren, Frauen waren.<sup>20</sup>

- **Frauen werden arm wegen gewalttätiger Lebenspartner.**

Oft hängen Armut und Gewalterfahrungen zusammen. So geht aus einer Untersuchung des Vereins „Frauen beraten Frauen“<sup>21</sup> hervor, dass 82,5% der Klientinnen der Wiener Frauenberatungsstelle, die an einem Projekt gegen Armut und soziale Ausgrenzung teilnahmen, in ihrem Leben Gewalt erfahren haben.

Die massiven Erhöhungen der Wohnungskosten in den letzten Jahren, zunehmende Erwerbslosigkeit und Kürzungen von Sozialleistungen sind dafür verantwortlich, dass Frauen sich aus finanziellen Gründen immer weniger in der Lage sehen, sich von gewalttätigen Lebenspartnern zu trennen. Andererseits trägt die Gewalterfahrung zu gesundheitlichen Belastungen, Depression, sozialer Isolation und damit wiederum zur Arbeitsplatzgefährdung und zur Zementierung der Situation bei: ein Teufelskreis.

Sandra Messner, eine langjährigen Mitarbeiterin eines Wiener Frauenhauses, beschreibt die Problematik folgendermaßen<sup>22</sup>:

*„Im Jahr 2003 fanden 1.335 Frauen und 1.285 Kinder Schutz und Hilfe in einem der österreichischen Frauenhäuser. Diese Frauen haben damit einen wichtigen Schritt gesetzt, den oftmals täglichen, lebensbedrohlichen Torturen ihrer Beziehungspartner zu entkommen. Eine Entscheidung, die einen Start in ein Leben ohne Gewalt und mit mehr Freiheiten ermöglichen kann. Begleitet wird dieser Prozess natürlich auch von vielen Ängsten und Befürchtungen, das „neue“ Leben nicht zu meistern. Eine der größten Bedrohungen ist dabei, sich das „neue“ Leben nicht leisten zu können, in die Armutsfalle zu geraten. Warum?*

*Nur 29% der Frauen, die in ein Frauenhaus flüchteten, verfügten zum Zeitpunkt der Aufnahme in einem Frauenhaus über ein eigenes Erwerbseinkommen. Häufig werden diese Frauen auch noch nach der Trennung vom Beziehungspartner zum oder vom Weg zur Arbeit, aber auch während dessen bedrängt, bedroht und/oder belästigt. Nicht selten werden sie daraufhin gekündigt, bei anderen sind die Drohungen derartig massiv, dass sie, um ihr Leben zu schützen, ihre Arbeit aufgeben müssen. In beiden Fällen ist Arbeitslosigkeit die Folge.*

*Rund 20% der Frauen hatten zum Zeitpunkt der Aufnahme in einem Frauenhaus überhaupt kein Einkommen, waren sogenannte Hausfrauen und somit ausschließlich vom Einkommen des gewalttätigen Mannes abhängig. Diesbezügliche Unterhaltsklagen dauern lang und sind bei Lebensgemeinschaften – im Gegensatz zu Ehen - gesetzlich nicht vorgesehen. Auf Sozialhilfe besteht kein Rechtsanspruch und sie fällt – länderspezifisch – unterschiedlich – in jedem Fall aber betragsmäßig äußerst gering aus.*

---

<sup>20</sup> Caritas: Frauenspezifische Armutsdaten 2004, Daten der Sozialberatungsstellen

<sup>21</sup> Verein Frauen beraten Frauen (Hg): Still und leise in die Unsichtbarkeit? Gegen Armut und soziale Ausgrenzung von Frauen. Wien 1997. [www.frauenberatenfrauen.at](http://www.frauenberatenfrauen.at)

<sup>22</sup> Sandra Messner: Frauenarmut und Gewalt. In: Newsletter FEMPOWER 2/ 2004

*Haben Frauen keine adäquate Arbeit, haben sie auch kein oder zu wenig Geld. Haben sie kein oder zu wenig Geld, ist massive Armut und Mangel an Notwendigstem die unausweichliche Folge. Die Armuts-Spirale setzt sich fort:*

*Fehlende finanzielle Mittel führen dazu, die Miete für die ehemals gemeinsame Wohnung nicht aufbringen zu können. Oft haben die Frauen aber auch Angst, vom ehemaligen Ehemann/Lebensgefährten aufgesucht, weiter belästigt und bedroht zu werden. Die ehemals gemeinsame Wohnung muss also aufgelöst werden oder der Ehemann/Lebensgefährte kann sie übernehmen. Wohnungslosigkeit ist die Folge. Wohnungssuche am privaten Immobilienmarkt ist für diese Frauen nicht leistbar, die Verfügbarkeit von Gemeinde- bzw. Notfallwohnungen unzureichend.*

*Einer großen Anzahl der Frauen, die sich vom Gewalttäter lösen wollen, droht also Arbeitslosigkeit, somit keine oder wenig finanzielle Mittel und keine adäquate Wohnmöglichkeit, um sich ein eigenständiges Leben aufbauen zu können.*

*Ein weiterer Grund, nach einer Trennung vom Gewalttäter in die Armut abzudriften, liegt in der Tatsache, dass manche Frauen – unter Androhung von Gewalt – für die Kredite der Männer Bürgschaften unterschrieben haben. Aus diesen finanziellen Verpflichtungen entlassen zu werden, ist nahezu unmöglich und so haben viele Frauen nach erfolgter Trennung noch über Jahre die finanziellen Lasten der Beziehung zu tragen. Oder aber die gewalttätigen Männer heben vom gemeinsamen Konto das gesamte Geld ab, nachdem die Frauen (mit den Kindern) sie verlassen haben. Diese Umstände erschweren natürlich auch die Möglichkeit, Neues zu schaffen.“*

- **Frauen werden arm, weil sie als Migrantinnen in Österreich leben.**

Da Migrantinnen meist keine eigenständige Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung haben, sind sie in noch höherem Ausmaß als Inländerinnen von ihren Ehemännern abhängig.

Sandra Messner schildert die schwierige Situation von Migrantinnen, die sich von ihren gewalttätigen Ehepartnern trennen möchten:

*„Sie sind besonders gravierend von Armut betroffen, denn das Fremdenrecht macht viele Frauen vom Aufenthaltsrecht des Ehemannes abhängig. Um ihre Existenzgrundlage in Österreich nicht zu verlieren, können sich demnach manche misshandelte Migrantinnen nicht scheiden lassen. Ihnen bleibt die zynische Wahl, durch eine Scheidung, das Risiko, die Aufenthaltsberechtigung in Österreich zu verlieren, einzugehen, oder in der gewalttätigen Beziehung auszuharren.*

*Aber auch die Zugangsbedingungen zu Sozial- und Transferleistungen sind für Migrantinnen verschärft. So, um nur ein Beispiel zu nennen, ist es Migrantinnen, die nicht erwerbstätig sind und sich auch noch nicht fünf Jahre*



*in Österreich aufhalten, nicht möglich, Familienbeihilfe für ihre Kinder zu erhalten.“<sup>23</sup>*

Im sozialen Sicherungssystem haben Migrantinnen kaum eine Chance, da Bedürftigkeit als Ausweisungsgrund gewertet werden kann.

### **Sozialpolitische Strategien gegen Frauenarmut:<sup>24</sup>**

- Eigenständige Existenzsicherung von Frauen durch sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherte Erwerbsarbeit bzw. Transferleistungen (Arbeitslosenunterstützung, Notstandshilfe, Pension etc.)
- Allgemeine Arbeitszeitverkürzung
- Anreize zur Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern, z.B. steuerliche Förderung partnerschaftlicher Arbeitsaufteilung
- Verbesserte Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung als leistungsbegründend und leistungssteigernd
- Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen und der Infrastruktur für Sorgearbeit, z.B. Einrichtungen für Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege, öffentliche Verkehrsmittel etc.
- Ausweitung der Beschäftigung in sozialen Bedarfsebenen, wie etwa im psycho-sozialen Bereich
- Förderung qualifizierter Arbeitsplätze für Frauen
- Anreize für Unternehmen zur Angleichung der Gender-Einkommen sowie Koppelung mit Sanktionen bei Nichterfüllung
- Gesetzliche Maßnahmen - z.B. stärkere Sanktionen bei Verstößen gegen Gleichbehandlungsgesetze, gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung von Lohnstrukturen in Unternehmen, Bindung von Wirtschaftsförderung an Frauenfördermaßnahmen etc.
- Verbesserung effektiver Möglichkeiten und Wirksamkeit der Einklagbarkeit von Gleichbehandlungsgesetzen. z.B. durch Verbandsklagen
- Steigerung des Anteils von Frauen in Gremien und Positionen mit Entscheidungsfunktionen
- Mehr Personal für Gleichbehandlungsanwaltschaften, für Frauenberatungsorganisationen und für Gewaltschutzeinrichtungen

### **Literatur und Websites zum Weiterlesen:**

- Karin Heitzmann/ Angela Schmidt (Hg.): Frauenarmut. Frankfurt 2001
- Karin Heitzmann/Angela Schmidt (Hg.): Wege aus der Frauenarmut. Frankfurt 2004
- AK-Frauenbericht 1995-2005. Wien 2006
- LUZIA- Studie zur Lebenssituation arbeitsmarktfremder Frauen mit Behinderung in Wien. Unveröffentlichte Studie, Wien 2006. Kurzfassung: [www.institut-sofia.at](http://www.institut-sofia.at)
- [www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at), Aktivitäten der Gruppe „Frauen und Armut“

---

<sup>23</sup> Sandra Messner: Frauenarmut und Gewalt. In: Newsletter FEMPOWER 2/ 2004

<sup>24</sup> Erstellt von Fokusgruppen mit Gleichstellungsexpertinnen im Rahmen der EQUAL-EP KLARA! Netzwerk für Equal Pay und Gendergleichstellung am Arbeitsmarkt 2006. [www.netzwerk-frauenberatung.at/klara](http://www.netzwerk-frauenberatung.at/klara)

- [www.netzwerk-frauenberatung.at/observatoria](http://www.netzwerk-frauenberatung.at/observatoria) - reichhaltige Informationen, Literaturhinweise und Links zu Equal Pay und Gender Mainstreaming
- [www.netzwerk-frauenberatung.at/klara](http://www.netzwerk-frauenberatung.at/klara) - Informationen zum aktuellen Projekt zur Förderung von Equal Pay und Gendergleichstellung am Arbeitsmarkt

**Zur Person der Autorin:**

Dr.<sup>in</sup> Marion Breiter (Jahrgang 1952) ist Sozialwissenschaftlerin, Projektmanagerin, Universitäts-Lektorin und Psychotherapeutin. In ihrer beruflichen Arbeit verbindet sie Forschung, Lehre und praktische Anwendung, Projektarbeit und internationale Vernetzung von Frauenorganisationen, um zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen beizutragen. Sie hat 1981 die erste Wiener Frauenberatungsstelle, 1996 das Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen und 2003 das sozialwissenschaftliche Institut SOFIA mitbegründet.

Seit 2005 arbeitet sie als Koordinatorin im EU-Projekt „KLARA! Netzwerk für Equal Pay und Gendergleichstellung am Arbeitsmarkt“.

[www.netzwerk-frauenberatung.at/klara](http://www.netzwerk-frauenberatung.at/klara)